

Herr Lorenz:

Herr Lorenz führt aus, dass er gelesen habe, dass die Stadt Rheinbach in Folge des großen Zuzuges von Flüchtlingen und Asylbewerbern zusätzliche Aufwendungen von rd. fünf Millionen Euro leisten musste. Diesen Mehrausgaben steht jedoch keinem Ausgleich gegenüber. Herr Lorenz möchte wissen, ob sich die Situation in der Stadt Meckenheim ähnlich darstellt. Des Weiteren fragt Herr Lorenz, ob eine damit in Zusammenhang stehende Erhöhung der Grundsteuer bzw. der Gewerbesteuer angenommen werden kann. Weiterhin möchte Herr Lorenz wissen, wie viele Flüchtlinge sich derzeit in der Stadt Meckenheim aufhalten und ob das Grundstück an der Gerichtsstraße zukünftig für die Flüchtlingsunterbringung genutzt wird.

Antwort der Verwaltung:

Die Verwaltung antwortet, dass ein direkter Zusammenhang zwischen Steuererhöhungen und Flüchtlingsunterbringung nicht abgeleitet werden kann. Zwar sind auch defizitäre Bereiche im Haushalt der Stadt Meckenheim vorhanden, jedoch kann das technische Dezernat III hier, aufgrund der fehlenden Zuständigkeit, keine genauen Auskünfte liefern. Zuständig ist der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Meckenheim. Bezüglich des angesprochenen Grundstückes besteht ein Beschluss des Rates vom 9. Dezember 2015, der einen Maßnahmenkatalog zur Umsetzung der Flüchtlingsunterbringung beinhaltet. Demnach war auf dem benannten Grundstück die Errichtung eines Gebäudes zur Flüchtlingsunterbringung geplant. Da sich die Anzahl eintreffender Flüchtlinge innerhalb der letzten Monate jedoch deutlich reduziert hat, wird die Planung aktuell nicht weiterverfolgt.

Herr Lorenz:

Herr Lorenz stellt die Nachfrage, zu welchem Zweck das Grundstück dann verwendet wird.

Antwort der Verwaltung:

Die Verwaltung antwortet, dass aktuell keine Beschlüsse bezüglich der Verwendung des Grundstückes vorliegen und daher über zukünftige Nutzung keine Auskunft erteilt werden kann.

Herr Lorenz:

Herr Lorenz erkundigt sich nach der Anzahl der Flüchtlinge im Stadtgebiet.

Ausschussvorsitzende:

Der Ausschussvorsitzende verweist darauf, dass üblicherweise lediglich eine Frage an die Verwaltung gerichtet wird. Er bittet darum, nach Beantwortung der letzten Frage zur Tagesordnung zurückkehren zu können.

Antwort der Verwaltung:

Die Verwaltung antwortet, dass – wie der Presse entnommen werden konnte – knapp über 300 Flüchtlinge und Asylbewerber im Stadtgebiet untergebracht sind.